



FDP - Bad Salzufen • Rudolph-Brandes-Allee 19 • 32105 Bad Salzufen

An den
Bürgermeister der
Stadt Bad Salzufen
32105 Bad Salzufen

● FDP

Ratsfraktion Bad Salzufen

Rathaus

Rudolph-Brandes-Allee 19
32105 Bad Salzufen

Bad Salzufen, 20.11.2019

Antrag zum Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 10.12.2019

fon. 05222 952-419
fax. 05222 952-461

Sehr geehrter Herr Dr. Thomas,
Sehr geehrter Herr Wind,

fdp@bad-salzufen.de
www.fdp-badsalzufen.de

die FDP-Fraktion stellt zur Sitzung des Planungs- und
Stadtentwicklungsausschusses am 10.12.2019 folgenden Antrag:

● Fraktionsvorsitzende

Regina Perunovic

1. Das Shared-Space-Konzept soll an 7 Tagen 24 Stunden lang Anwendung finden. Die Fußgängerzone (Lange Straße) soll den Fußgängern vorbehalten bleiben.
2. Die Parkplatzflächen vor dem Postgebäude bleiben erhalten und werden, wie vor dem aktuellen Verkehrsversuch, zur Nutzung freigegeben.
3. Die Innenstadt wird werktags ab 18 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen ganztägig für den Autoverkehr gesperrt.
4. Berechtigten, Anwohnern, Hotelgästen, Handwerkern etc. ist der jederzeitige freie Zugang zu gewähren.
5. Die Verkehrs- und Parkkontrollen werden intensiviert.
6. Die Punkte 1) bis 5) werden in der Zeit v. 01.01.2020 bis 31.03.2020 als Verkehrsversuch durchgeführt.
7. In der Zeit vom 01.01.2010 mindestens bis zum 31.03.2010 erhalten die Bürger die Gelegenheit, ihre Meinung hierzu der Verwaltung online oder direkt mitzuteilen.
8. Nach Beendigung des Verkehrsversuches erfolgt eine Auswertung der Bürgerbeteiligung.
9. Aufgrund der aus der Bürgerbeteiligung gewonnen Erkenntnisse wird ein Verkehrskonzept erarbeitet und zu Abstimmung gestellt.
10. Das Radfahren wird, wie jetzt praktiziert, beibehalten.

● Bank

Sparkasse Lemgo
Konto 116 306
IBAN DE84 4825 0110 0000 1168 06
BLZ 48250110
BIC WELADED1LEM

Begründung:

Bereits mit der Drucksache Nr. 144/2019 hat die FDP-Fraktion ein Konzept für einen Verkehrsversuch vorgelegt.



Aus der Bürgerbeteiligung zu der von der Verwaltung vorgelegten stringenten Variante des Verkehrsversuchs lässt sich erkennen, dass sich keine Mehrheit für eine bestimmte Lösung herausgebildet hat. Die FDP beantragt daher, auf der Basis ihres Antrages (Drs. 144/2019), die Durchführung eines weiteren Verkehrsversuches, der die geäußerten Bedenken, Wünsche und Anregungen der Bürger berücksichtigt. Der von der FDP bereits im April 2019 erarbeitete Vorschlag stellt sich, gerade im Hinblick auf die Bedenken, Wünsche und Anregungen, als Kompromisslösung dar und ist geeignet, von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen zu werden. Insbesondere ist das von uns vorgeschlagene Modell des Shared-Space-Konzeptes geeignet, alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt nebeneinander den öffentlichen Straßenraum nutzen zu lassen.

Die zeitlich eingeschränkte Öffnung der Innenstadt kommt denen entgegen, die jetzt „die Ruhe“ genießen. In Zeiten der Öffnung kommt diese dann denen zugute, die auf „fahrende Kundschaft, Patienten etc. angewiesen sind.

Auch dient die Beibehaltung der Parkplätze vor der Post gleichermaßen den Besuchern der Post und des Marktes sowie denen, die kurz etwas zu erledigen haben. Auch diejenigen, die nicht mehr so gut zu Fuß sind, aber noch keinen Behindertenausweis haben, haben dann die Möglichkeit, kurze Wege zu Fuß zurückzulegen.

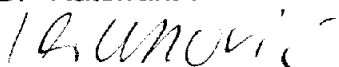
Den Wünschen nach mehr Kontrollen soll durch die Ausweitung der Verkehrs- und Parkkontrollen, oder andere geeignete Maßnahmen, nachgekommen werden. So könnten z.B. zu schnell fahrende Rad- und Taxifahrer zum rücksichtsvollen Nebeneinander angehalten werden. Denkbar ist auch, dass durch Lichtzeichen (z.B. Verkehrsampel, Leuchtschilder) den Verkehrsteilnehmern angezeigt wird, wann ein Durchfahren erlaubt ist und wann nicht.

Die freie Zuwegung für Berechtigte (z.B. Handwerker), Anwohner und Hotelgäste ist in den Zeiten der eingeschränkten Öffnung zu gewährleisten.

Das Radfahrkonzept findet allgemeine Zustimmung. Mit Ausnahme der Radfahrer, die sich nicht an die Verkehrsregeln halten, ist die Durchlässigkeit der Stadtmitte für die Radfahrer als positiv zu bewerten. Verstärkte Kontrollen werden hoffentlich auch den letzten „Unbelehrbaren“ zur Einsicht bringen.

Abschließend verweisen wir auf den Landtags-Antrag der CDU und FDP v. 02.07.2019, Drs. 17/6748, „Heimat braucht Handel - vitale Innenstädte für die Zukunft des Einzelhandels in NRW erhalten, den stationären Handel bei seinem Weg ins digitale Zeitalter unterstützen“.

Freundliche Grüße
FDP-Ratsfraktion Bad Salzuflen



Regina Perunovic
Fraktionsvorsitzende